

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,
Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



2019-2021

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung
- 2) Feststellung,
 - ob ordnungsgemäß eingeladen wurde,
 - ob das Jugendparlament beschlussfähig ist
- 3) Genehmigung des Protokolls vom 13. Juli 2020
- 4.1) Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung
- 4.2) Antrag zur Zusammenarbeit mit AfD und Linken
- 5) Bericht aus dem Schul- und Sportausschuss
- 6) Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss
- 7) Pressemitteilung zu Elternbeiträgen in Kindertagesstätten
- 8) Sachstand „Grüner Tag“
- 9) Antrag: Finanzierung „Grüner Tag“
- 10) Sachstand: „Simulation des Europäischen Parlaments“
- 11) Antrag: Finanzierung „Simulation des Europäischen Parlaments“
- 12) Sachstand „Sichere Schulwege“
- 13) Kommissionsbildung zum Antrag „Sicherheitskonzept / Erhöhung der Polizeipräsenz am Neumarkt und HBF“
- 14) Antrag: E-Sport-Tournament
- 15) Antrag: Freizeitgestaltung
- 16) Pressemitteilung Bebauungsprojekt Schinkel
- 17) Verschiedenes

1. Begrüßung

Jamila begrüßt die anwesenden Mitglieder sowie Christoph Beyer für die NOZ. Zudem stellt Arndt Sindt seine Masterarbeit im Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Osnabrück vor. Er geht der Frage nach, wieviel Partizipation die Mitglieder des Jugendparlaments auf das politische Geschehen in Osnabrück ausüben können. Dafür führt er eine Online-Befragung durch, deren Ergebnisse anonymisiert ausgewertet werden. Pro ausgefülltem Fragebogen spendet Andreas Sindt 3€ an eine soziale Einrichtung.

2. Feststellung,

- ob ordnungsgemäß eingeladen wurde,
- ob das Jugendparlament beschlussfähig ist

Es wird festgestellt, dass alle anwesenden Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden. 21 Mitglieder sind anwesend, somit ist das Jugendparlament beschlussfähig.

3. Genehmigung der Protokolle vom 13. Juli 2020

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 13. Juli wird einstimmig genehmigt.

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

4.1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Konstantin stellt den Antrag vor. Es handelt sich hierbei um eine formale Änderung, sodass die Kandidaturen für den Vorstand des Jugendparlaments erst zur ersten inhaltlichen und nicht bereits zur konstituierenden Sitzung vorliegen müssen.

Cemre erkundigt sich, ob das Interesse an einer Mitarbeit im Vorstand schon vor der konstituierenden Sitzung abgefragt wird. Konstantin antwortet, dass dies laut Geschäftsordnung aktuell der Fall ist, tatsächlich es sich aber so eingespielt hat, dass diese zur ersten inhaltlichen Sitzung vorliegen.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. Dass §2 (4) gestrichen wird und wie folgt ersetzt:

„Mit der Versendung der Einladung zur Konstituierenden Sitzung soll die Bereitschaft der Parlamentarier zur Übernahme eines Amtes im Vorstand bzw. im erweiterten Vorstand erfragt werden und die Kandidatur für eines dieser Ämter soll bis zur ersten inhaltlichen Sitzung dem Kinder- und Jugendbüro der Stadt Osnabrück vorgelegt werden“

Begründung:

Eine Abfrage bereits vor der Konstituierenden Sitzung ist nicht sinnvoll, da die viele Mitglieder des Jugendparlamentes zu diesem Zeitpunkt wenig über die Arbeit im Vorstand wissen.

Ergebnis der Abstimmung:

17 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung angenommen.

4.2 Antrag zur Zusammenarbeit mit AfD und Linken

Liam stellt seine beiden Anträge vor. Es wird jeweils ein Antrag für ein Verbot der Zusammenarbeit mit der AfD und mit der Linken beraten. Die Beschlusslage der Anträge ist jedoch für beide Parteien dieselbe. Als gemäßigttes Jugendparlament sollten die Meinungen aller Mitglieder abbilden, dies schließt eine Zusammenarbeit mit AfD und Linken, die auf Bundesebene in Teilen rechts-/linksextremistisch seien, aus. Liam betont, dass die Anträge sich nicht auf die kommunale Ebene beziehen, sondern die Parteien selbst. Es gehe um die Symbolwirkung einer Zusammenarbeit nach außen und Respekt der Vertretung der vielfältigen Meinungen der Osnabrücker Jugendlichen.

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Aussprache:

Hannes fragt nach, ob angesichts der angestrebten Symbolwirkung es nicht besser wäre, den Antrag auf die nächste Sitzung zu verschieben, wenn ein Vertreter der NOZ anwesend ist (Anmerkung: Im Verlauf der Sitzung war ein Vertreter der NOZ anwesend). Liam antwortet, dass der Pressesprecher hierzu auch eine Pressemitteilung verfassen könnte.

Erik fragt nach, was „gemäßigt“ in dem Antrag bedeuten soll. Laut Liam soll eine Zusammenarbeit mit den politischen Rändern ausgeschlossen werden.

Marvin erwähnt das Problem, dass die Einstellungen der Mitte der Gesellschaft nicht immer richtig seien, wie etwa zur Zeiten des Nationalsozialismus.

Liam hält den Zusammenhang zwischen dem Jugendparlament und der Zeit des Nationalsozialismus für fragwürdig. Es ginge um die Abgrenzung von den politischen Rändern und nicht um ein geschichtliches Zeichen im Sinne des Nationalsozialismus.

Cemre befürwortet den Antrag und erkundigt sich, ob dann auch keine Gespräche und Diskussionen im Namen des Jugendparlaments möglich wären. Liam antwortet, dass er dies grundsätzlich befürwortet, andere Meinungen gehört werden sollen. Dies zielt explizit nicht auf eine inhaltliche Zusammenarbeit ab und widerspreche damit nicht dem Zweck des Antrags.

Hannes schlägt hierzu einen Änderungsantrag vor, dass öffentliche Gespräche und Diskussionen ebenfalls ausgenommen werden.

Konstantin merkt an, dass zwischen einer öffentlichen und nichtöffentlichen Zusammenarbeit differenziert werden sollte, also etwa Gespräche, die rein zur Meinungsäußerung dienen, durchzuführen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Streichung der Passage „Von dem Verbot ausgenommen sind persönliche Gespräche im Namen des Jugendparlaments und der Austausch von Meinungen und Ideen mit Mitgliedern der Partei AfD, sofern keine gemeinsamen Ziele formuliert und/oder andere Formen inhaltlicher Zusammenarbeit im Zuge der Gespräche beschlossen werden.“

4 Ja-Stimmen

5 Gegenstimmen

12 Enthaltungen

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Es wird nun über den Antrag in ursprünglicher Form abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge ein Verbot der Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) beschließen. Das beinhaltet ein Verbot der Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundespartei, der Ratsfraktion der AfD, mit der Jugendorganisation Junge Alternative und allen weiteren, direkt der Partei zugehörigen Organisationen und Gruppen. Das Verbot betrifft jegliche Zusammenarbeit mit der AfD, wie beiderseitige Anfragen zur Unterstützung bei Initiativen, gemeinsame Pressemitteilungen und weitere Formen der öffentlichen, wie nichtöffentlichen Zusammenarbeit.

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück



Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Von dem Verbot ausgenommen sind persönliche Gespräche im Namen des Jugendparlaments und der Austausch von Meinungen und Ideen mit Mitgliedern der Partei AfD, sofern keine gemeinsamen Ziele formuliert und/oder andere Formen inhaltlicher Zusammenarbeit im Zuge der Gespräche beschlossen werden.

Der Beschluss ist ausdrücklich als Richtschnur des Handelns im Kontakt mit der AfD zu verstehen, auch für die zukünftigen Legislaturperioden. Sollte sich ein neu konstituiertes Jugendparlament in Zukunft aufgrund einer veränderten lokalpolitischen oder landes- und bundespolitischen Situation, oder aufgrund einer anderen Haltung der Jugendparlamentsmehrheit zu der AfD gegen den Beschluss aussprechen, ist ein weiterer Beschluss mit einer Abstimmung des Jugendparlaments zwingend notwendig.

Begründung:

Die AfD ist eine in Teilen rechtspopulistische und rechtsextreme Partei, in der Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geduldet werden. Obwohl die Partei mangels Vertretung im Stadtrat in der Stadtpolitik keine große Rolle spielt und der Junge Alternative-Landesverband Niedersachsen in der Folge der Beobachtung durch den Verfassungsschutz aufgelöst wurde, ist es wichtig, eine Zusammenarbeit mit der Partei auszuschließen. Das Jugendparlament setzt sich zusammen aus Ansichten aus dem gesamten politischen Meinungsspektrum und wir sollten daher aus Respekt vor allen vertretenen Ansichten eine Zusammenarbeit mit den politisch extremen Rändern ausschließen. Das Jugendparlament begrüßt den Meinungspluralismus und die politische Diskussion, aber eine Zusammenarbeit mit einer in Teilen verfassungsfeindlichen Partei ist für uns ausgeschlossen. Wir sollten damit ein wichtiges Zeichen dafür setzen, dass wir ein politisch gemäßigtes Jugendparlament sind und nicht ein Jugendparlament der radikalen Positionen. Dies ist insbesondere für die öffentliche Symbolwirkung von entscheidender Bedeutung.

Ergebnis der Abstimmung:

18 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Liam stellt nun den Antrag für ein Verbot zur Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke vor.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge ein Verbot der Zusammenarbeit mit Die Linke beschließen. Das beinhaltet ein Verbot der Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundespartei, der Ratsfraktion der Partei Die Linke, mit der Jugendorganisation 'solid und allen weiteren, direkt der Partei zugehörigen Organisationen und Gruppen. Das Verbot betrifft jegliche Zusammenarbeit mit Die Linke, wie beiderseitige Anfragen zur Unterstützung bei Initiativen, gemeinsame Pressemitteilungen und weitere Formen der öffentlichen, wie nichtöffentlichen Zusammenarbeit.

Von dem Verbot ausgenommen sind persönliche Gespräche im Namen des Jugendparlaments und der Austausch von Meinungen und Ideen mit Mitgliedern der Partei Die Linke, sofern keine

gemeinsamen Ziele formuliert und/oder andere Formen inhaltlicher Zusammenarbeit im Zuge der Gespräche beschlossen werden.

Der Beschluss ist ausdrücklich als Richtschnur des Handelns im Kontakt mit Die Linke zu verstehen, auch für die zukünftigen Legislaturperioden. Sollte sich ein neu konstituiertes Jugendparlament in Zukunft aufgrund einer veränderten lokalpolitischen oder landes- und bundespolitischen Situation, oder aufgrund einer anderen Haltung der Jugendparlamentsmehrheit zu Die Linke gegen den Beschluss aussprechen, ist ein weiterer Beschluss mit einer Abstimmung des Jugendparlaments zwingend notwendig.

Begründung:

Die Linke ist, obgleich sie heute, zumindest in Regierungsverantwortung auf Landesebene, oft pragmatisch auftritt, die Nachfolgepartei der SED und weigert sich auch heutzutage noch in vielen Fällen, die sozialistische Diktatur in der DDR als Unrechtsstaat anzuerkennen, auch unterstützt Die Linke auch heute noch außenpolitisch Unrechtsregime wie in Venezuela oder Kuba. Wirtschaftspolitisch ist Die Linke linksextremistisch und verfolgt den Systemwechsel hin zu einem „demokratischen“ Sozialismus und behauptet, „[...] Demokratie [gebe] es im Kapitalismus genauso wenig wie in der DDR“ (Sahra Wagenknecht, ehemalige Vize-Parteichefin und Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion). Die Linke duldet antisemitische oder extremistische und verfassungsfeindliche Positionen von Personen und Gruppen wie beispielsweise der „Antikapitalistischen Linken“ und dem „Marxistische[n] Forum“, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden, in der Partei und rechtfertigt gewaltsame Proteste wie in Leipzig. Unabhängig davon, wie man politisch zu ihren sozialpolitisch populistischen Positionen und der Politik der Partei generell steht, muss man anerkennen, dass eine Zusammenarbeit mit Die Linke, im Hinblick auf die in Teilen verfassungsfeindlichen Positionen innerhalb der Partei, eine fatale Symbolik für das Jugendparlament bedeuten würde. Zudem finden sich im Jugendparlament Einstellungen und Positionen aus dem gesamten politischen Spektrum und wir sollten daher aus Respekt vor der Vielfalt der vertretenen Ansichten eine Zusammenarbeit mit den politisch extremen Rändern ausschließen. Entscheidend bei der Abstimmung ist weniger der direkte Bezug auf den Stadtverband der Linken, die Ratsfraktion oder den Ortsverband von 'solid, als das Zeichen, dass eine Zusammenarbeit mit Die Linke setzen würde: Eine Vertretung aller Osnabrücker Jugendlichen und aller vertretenen Meinungen, das sich nicht von den linksextremistischen Positionen der Linkspartei abgrenzt. Ein gemäßigtes Jugendparlament, das die politische Bandbreite abseits der AfD und Linken als den politischen Rändern repräsentiert, garantiert, dass sich alle Mitglieder des Jugendparlaments mit der politischen Einstellung des Jugendparlaments identifizieren können. Diese Abstimmung ist eine richtungsweisende Entscheidung, die die politische Position des gesamten Parlaments definiert und keine gewöhnliche Abstimmung über konkrete Projekte oder inhaltliche Stellungnahmen. Aus diesem Grund sollte uns an der Vereinbarkeit der Entscheidung mit möglichst allen politischen Positionen der Mitglieder gelegen sein, aus diesem Grund ist eine Zusammenarbeit mit dem linken Extrem, der Partei Die Linke ebenso abzulehnen, wie auch selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit der AfD abzulehnen ist.

Aussprache:

Justus kommentiert, dass die Linke zwar die Nachfolgepartei der SED ist, die CDU aber in Teilen aus der Ostunion hervorging, der demokratische Sozialismus auch von Teilen der SPD gefordert wird und die Linke die DDR als Unrechtsstaat ablehnt. Erscheinungen des Antisemitismus sind leider in jeder

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück



Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Partei zu finden. Das Jugendparlament sollte aufgrund der Vielfalt der vertretenen Meinungen auch mit den Linken reden und zusammenarbeiten können.

Peter äußert, dass man sich als Mitglied des Jugendparlaments eine Meinung bilden kann und nicht unbedingt immer als gesamtes Jugendparlament Stellung nehmen muss.

Konstantin erachtet es als schwierig, Linke und AfD gleichzusetzen, Parteien wie die DKP oder MLDP seien eher der linke Rand. Das Bild des Untergangs des Staates durch die Linke sieht er nicht, so hat etwa die Bundestagsvizepräsidentin der Linken Petra Pau die DDR klar verurteilt.

Liam sieht einen Unterschied zwischen dem Vergleich SED – Linke und Ostunion – CDU. Den Vergleich mit der SPD hält er für kritisch, eine solche Einstellung bedeutet nicht zwingend, dass die Inhalte auch politisch umgesetzt würden. In der DDR wurden Menschenrechtsverbrechen auf staatliche Anordnung begangen, Teile der Linken distanzieren würden sich zwar distanzieren, die Meinung würde aber weiterhin geduldet werden.

Marvin fügt hinzu, die CDU sei zwar eine christliche Partei, jedoch ist ihre Politik dies nicht immer. Die Linke hat den Antrag des Jugendparlaments für einen Sitz im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss unterstützt, der Beschluss wiederum stärkt die politische Position des Jugendparlaments.

Erik äußert, dass die CDU bis in die 80er-Jahre Mitglieder der ehemaligen NSDAP in ihren Reihen gehabt habe. Die Jugend interessiert sich sehr für Themen die etwa durch Fridays For Future auf die Agenda gesetzt worden, die Linke unterstützt dies ebenfalls. Das Jugendparlament sollte alle verschiedenen Meinungen im Jugendparlament repräsentieren, dies gehe nicht, wenn die Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen wird.

Hannes befürwortet die Zusammenarbeit mit der Ratsfraktion der Partei Die Linke in Osnabrück, da diese das Jugendparlament in der Vergangenheit bereits bei unterschiedlichsten Themen unterstützt hat.

Liam kommentiert, dass es in seinem Antrag nicht um die Ratsfraktion in Osnabrück geht sondern was das Zeichen der Zusammenarbeit mit der Linken nach außen abgibt, dies stehe unabhängig von der Kommunalpolitik. Da das Jugendparlament eine Abgrenzung zur AfD vornimmt, müsste dies umgekehrt auch mit der Linken geschehen.

Erik erachtet den Vergleich der Linken mit der AfD als falsch, die Linke sei eher das Gegenstück zur FDP. Der demokratische Sozialismus sei etwa auch im Programm der Jusos zu finden.

Liam findet nicht, dass die FDP als Gegenstück zur Linken gesehen werden kann. In der Linken würden linksextreme Positionen geduldet und vertreten, daher ist ein Vergleich zur AfD angebracht.

Hannes fragt nach der Symbolwirkung, wenn die kommunale Ebene ausgenommen wird. Das Jugendparlament agiert schließlich nicht auf Bundesebene, das Ziel des Antrags ist dann nicht wirklich verständlich.

Liam antwortet, dass es um die kommunale Ebene ginge, die Antragsbegründung aber nicht auf die Mitglieder der Ratsfraktion, sondern der Signalwirkung der Partei insgesamt abzielt.

Justus merkt an, dass der Verfassungsschutz nicht als komplett unabhängig zu sehen ist, da etwa der Ex-Chef Maaßen mit der AfD sympathisiert hat. Ein Statement der Abgrenzung von der Linken ist ein politisches Statement wie es in Deutschland nur durch CDU und FDP vertreten wird.

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Lars kommentiert, dass Maaßen zwar rechte Tendenzen hatte, aber überzeugt ist, dass der Großteil des Verfassungsschutzes hinter den Maßnahmen der Überwachung linker Gruppen steht.

Ergebnis der Abstimmung:

7 Ja-Stimmen

12 Gegenstimmen

2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag für ein Verbot der Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke abgelehnt.

5. Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss

Der Tagesordnungspunkt wird übersprungen, da es noch keine neue Ausschusssitzung gab.

6. Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss

Marvin berichtet aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Für das Spielplatzkonzept in Osnabrück sind 200.000€ pro Jahr sowie 35.000€ zusätzlich je Spielplatz vorgesehen. Für die Kindertagesstättenplätze werden 8 Millionen Euro bereitgestellt. Der Antrag des Jugendparlaments für einen Sitz im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss wurde im Jugendhilfeausschuss angenommen. Seitens des Fachdienstleiters Nils Bollhorn kam die Anmerkung, dass das Jugendparlament seinen Etat ausschöpfen sollte, da dieser erst in der letzten Legislaturperiode des Jugendparlaments erhöht wurde. Mit den aktuellen Projekten der SimEP und des „Grünen Tages“ sollten entsprechende Mittel jedoch für die Projekte ausgegeben werden können.

7. Pressemitteilung zu Elternbeiträgen in Kindertagesstätten (TOP gestrichen)

8. Sachstand „Grüner Tag“

Bisher haben sich noch nicht alle Schulen zurückgemeldet (u.a. fehlt noch das Ratsgymnasium). Die GGS und IGS werden ebenfalls noch kontaktiert. Die Vermessungen für die Baumplantagen steht demnächst an. Die Durchführung des „Grünen Tages“ ist vor den Osterferien 2021 geplant. Konstantin wird noch einmal prüfen, welche Schulen bisher zugesagt haben und welche Schulen noch fehlen.

9. Antrag: Finanzierung „Grüner Tag“

Justus stellt den Antrag zur Finanzierung vor. Es ist ein Budget von 400€ für den Internetauftritt vorgesehen. Die Finanzierung des Saatgutes ist nur mit Spendengeldern möglich, die Aufmerksamkeit für das Projekt soll durch den Internetauftritt gesteigert werden. Es sind 25€ für Flyer zur nächsten FFF-Demo vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. der Kommission „Grüner Tag“ ein Budget von 400€ in Höhe zur Verfügung stellen, das dazu verwendet werden soll, das vom Jugendparlament initiierte Projekt „Grüner Tag“ zu bewerben und Spenden zu sammeln, beispielsweise per Website.

2. Der Kommission „Grüner Tag“ ein weiteres Budget in Höhe von 25€ zur Verfügung zu stellen, um werbe Material für einen Auftritt beim „Global Strike Day“ von Fridays for Future. Die Kommission kann ebenfalls für andere Projekte, mit positiver Auswirkung auf das Klima, werbe und Materialien für den Global Strike Day kaufen. Das Resort Finanzen der Kommission „Grüner Tag“ verwaltet hier.

Begründung:

Um einen möglichst großen Erfolg erzielen zu können, ist das Projekt „Grüner Tag“ auf viele Teilnehmer*innen, sowie zahlreiche Spenden angewiesen, denn die Kommission möchte möglichst viele Schulen dazu bewegen, Flächen zu begrünen, um das notwendige Saatgut jedoch zu finanzieren, ist die Kommission auf Spenden angewiesen. Ein professioneller Internetauftritt ist hilft, beide Ziele zu erreichen, ist selbst jedoch nicht kostenfrei. Zudem braucht die Kommission viele helfende Hände, ein Auftritt am „Global Strike Day“ am 25.09, ist eine gute Möglichkeit Unterstützer*innen für das Projekt zu finden und weiter Werbung zu betreiben.

Finanzierung:

Das Jugendparlament zahlt 425€ an die Kommission „Grüner Tag“

Cemre fragt nach, ob das Budget von 425€ ausreicht, oder ob dieses nicht auf 500€ erhöht werden sollte.

Konstantin sagt, dass es sich hierbei um einen ersten Kostenvoranschlag handelt, vor allem für die Finanzierung der Website und um Geld für den „Grünen Tag“ zu reservieren.

Jonas fragt nach, ob auch ein Reiter zum „Grünen Tag“ auf der aktuellen Website des Jugendparlaments eingerichtet werden sollte.

Konstantin fügt dem hinzu, dass dies grundsätzlich möglich ist, es gleichzeitig aber einer gesonderten Website für die Einrichtung des Spendenportals mit Abbuchung und Überweisung auf ein Spendenkonto brauche.

Hannes erkundigt sich, ob der Ablauf für die Demo von Fridays for Future schon geplant ist.

Konstantin antwortet, dass 25€ für die Flyer vorgesehen sind und das Jugendparlament einen Stand haben wird, dafür müssen noch ein paar Leute zusagen, die dort dabei sind, etwa aus der Kommission „Sichere Schulwege“.

Ergebnis der Abstimmung:

18 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

10. Sachstand „Simulation des Europäischen Parlaments“

Die Terminfindung und Planungen zur Finanzierung und damit die Sponsorsuche und -akquise laufen weiterhin. Als Gäste haben bereits Vertreter der SPD, CDU, Grüne und FDP zugesagt. Möglicher Termin ist der 8. bis 10. Juli 2021.

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

11. Antrag: Finanzierung „Simulation des Europäischen Parlaments“

Zur Durchführung der SimEP ist eine feste Finanzierung erforderlich, daher läuft auch weiterhin die Suche nach Sponsoren. Vom Jugendparlament sollten 1000€ reserviert werden.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen, sich an der Finanzierung der Simulation des Europäischen Parlaments Osnabrücks zu beteiligen. Die hierfür vorgesehene Summe von 1000 € bleibt vorerst auf dem Konto des Jugendparlaments Osnabrück. Sobald Rechnungen vorliegen, die von der Kommission der SimEP Osnabrück beglichen werden müssen, kann die Summe vom Konto des Jugendparlaments abgehen.

Begründung:

Die Durchführung eines politischen Planspiels benötigt eine feste Finanzierung. Die Kommission der SimEP bemüht sich deshalb darum, Sponsoren für das politische Planspiel zu akquirieren. Auch das Jugendparlament beteiligt sich nach Annahme des Antrags zur Bildung einer Kommission weiterhin aktiv an der Umsetzung und stellt eine Grundfinanzierung sicher. So kann sowohl bei möglichen Sponsoren und Partnern als auch bei angefragten Räumlichkeiten eine finanzielle Absicherung vorgelegt werden.

Ergebnis der Abstimmung:

15 Ja-Stimmen

2 Gegenstimmen

4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

12. Sachstand „Sichere Schulwege“

Konstantin stellt den aktuellen Sachstand der Kommission vor. Derzeit findet eine Abfrage der Routen für Fahrradfahrer statt, dazu haben sich verschiedene Gruppen gebildet. Ein Bericht an die Verwaltung ist für Anfang 2021 geplant und soll unter anderem fachliche Daten wie spezielle Schulwege einbeziehen.

13. Kommissionsbildung zum Antrag „Sicherheitskonzept / Erhöhung der Polizeipräsenz am Neumarkt und HBF“

Für den auf der letzten Sitzung beschlossenen Antrag von Liam ist noch eine Kommission zu bilden.

Ömer merkt an, dass sich bei der Polizei erkundigt werden sollte, weshalb aktuell eine höhere Polizeipräsenz wahrzunehmen ist.

Für die Mitarbeit in der Kommission melden sich: Ömer, Konstantin, Mehmet, Artur und Hannes.

14. Antrag: E-Sports-Tournament

Konstantin stellt den Antrag vor. Das Konzept der Spendenläufe soll aufgegriffen werden, diese sind in der aktuellen Situation aber höchstens in Kleingruppen durchführbar. Gerade während der Hochphase der Corona-Pandemie im März/April haben viele Videospiele als Zeitvertreib gespielt.

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Dies soll nun in Form eines digitalen Wettbewerbs angegangen werden. Pro Person sollen 10€ Startgeld genommen werden, welches an einen guten Zweck gespendet wird. Es soll gegeneinander angetreten werden und am Ende können gesponserte Preise gewonnen werden. Möglicherweise kann das Finale auch gestreamt werden und Werbeblöcke für lokale Unternehmen mit Ausbildungsplätzen könnten eingeblendet werden. Darüber hinaus soll auch das Thema Corona und häusliche Gewalt thematisiert werden, um etwa auf die Sucht von Videospiele nach traumatischen Erfahrungen aufmerksam zu machen. Das Event soll noch in diesem Jahr durchgeführt werden.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. Die Gründung einer Planung-Kommission von Vier Personen, diese befassen sich mit der Planung, Bewerbung und Austragung eines osnabrückweiten E-Sport Tournaments, im weiteren Text der Arbeitstitel „Projekt OSAZ“.
2. Dass an „Projekt OSAZ“, alle jugendlichen in einer noch festzulegenden Altersgruppe, teilnehmen können, die in Osnabrück Stadt oder Land Leben bzw. dort ihren Lebensmittelpunkt haben.
3. Die Kommission „Projekt OSAZ“ trifft Entscheidungen über aber nicht ausschließlich,
 - a. Den Austragungsort, sollte dieser nicht individuelle sein,
 - b. Die Teilnahmegebühr,
 - c. Spendenpakete für Unternehmen und andere interessierte mögliche Sponsoren,
 - d. Die Höhe möglicher jedoch kleiner Preisgelder,
 - e. Die Organisationen und Vereine, welchen gespendet wird,
 - f. Die Spiele, welche gespielt werden.
4. Dass alle Erträge dem guten Zweck gespendet werden.
5. Dass die Kommission Teilnehmer*innen ausschließen kann, welche entweder gegen Art. 130 StGB verstoßen, anti-Demokratische oder menschenfeindliche Äußerungen tätigen oder in irgendeiner Weise die Menschenwürde verletzt.
6. Die Kommission stellt den Plan zur Umsetzung von „Projekt OSAZ“ dem Jugendparlament vor. Umsetzung dessen kann bereits vorher beginnen, um eine möglichst Zügige Umsetzung zu gewährleisten.
7. Dass „Projekt OSAZ“ möglichst innerhalb von einem Monat geplant, über die folgenden Wochen ausgerollt und ab November durchgeführt werden kann.
8. Dass Partien möglich Live ausgestrahlt sowie moderiert werden. Während dieser Partien kann zudem aufmerksam gemacht werden auf Probleme die unter anderem Jugendliche betreffen z.B. Häusliche Gewalt und auf Möglichkeiten dagegen vorzugehen
9. Dass ein bei Annahme dieses Antrages, eine Kommission sofort gewählt wird.

Begründung:

Aufgrund der andauernde Covid-19 Pandemie Falle große publike Spende Läufe oder andere Wohltätigkeitsaktionen überall momentan aus. Viele Jugendliche haben während dieser Social-Distancing-Zeit Videospiele gespielt. Eine Verbindung dieser beiden Corona bedingten Entwicklungen, könnte das Projekt „Osna Aid/Sponsoren Zocken“ sein. Für eine kleine Teilnahmegebühr können Teilnehmer*innen in verschiedenen Spielen gegeneinander antreten und dabei nicht nur durch Sponsoren und die Teilnahmegebühr Geld für den guten Zweck gewinnen, sondern auch einen kleinen Preis gewinnen. Dieses Projekt inkorporiert eine moderne jedoch bewiesene Methode, Geld zu sammeln für Organisation wie unter anderem „Terre des Hommes“. Das Jugendparlament und die Osnabrücker Jugend könnte so ein Beispiel setzen für andere Städte und während der Veranstaltung auf relevante Themen aufmerksam machen. Im Vorfeld wurde bereit Beratung durch die „E-Sports Factory“ in Anspruch genommen, welche während der Produktion hilfeleisten kann.

Finanzierung:

Das Jugendparlament trägt einen Startbeitrag in Höhe von 150,00€ bei, um unter anderem einen Internet Auftritt vorzubereiten, um Sponsoren, Teilnehmer und Partner anzuwerben.

Theo schlägt vor, hierzu eine kleinere Kommission aus etwa 5 Personen zu bilden.

Konstantin antwortet, dass es eine kleine feste Gruppe geben soll, Interessierte natürlich immer dazukommen können, jedoch 4 Leute designiert zur Entscheidungsfindung innerhalb der Kommission bestimmt werden sollen.

Peter fragt nach, welche Spiele für das Turnier infrage kommen.

Konstantin sagt, dass die Durchführung mit einem Unternehmen aus Osnabrück in Planung ist. Spiele mit FSK 18 sind nicht möglich. Zudem muss die Software pro Spiel neu konfiguriert werden, deshalb wird es eine begrenzte Spieleauswahl geben.

Ömer fragt nach, ob es einen Eintritt zur Teilnahme gibt.

Konstantin antwortet, dass an dem Turnier vom eigenen PC aus teilgenommen werden kann, die Teilnahmegebühr von 10€ wird gespendet.

Peter erkundigt sich, wie die Teilnahmegebühr gezahlt werden soll.

Konstantin antwortet, dass dies entweder digital möglich sein soll oder an das Kinder- und Jugendbüro übergeben werden kann.

Theo fragt zudem nach, ob die Durchführung von Livestreams von zuhause möglich ist.

Konstantin antwortet, dass dies eher für das Finale im E-Sports-Zentrum angedacht ist.

Hannes fragt nach, mit wie vielen TeilnehmerInnen gerechnet wird.

Konstantin reagiert, dass es grundsätzlich ein hohes Potenzial für ein solches Turnier gäbe.

Marvin kommentiert darauf, dass mit der Bewerbung an Schulen viele potenzielle TeilnehmerInnen erreicht werden können.

Artur fragt nach, über welche Plattformen teilgenommen werden kann.

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück



2019-2021

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Konstantin sagt, dass der Großteil der Spiele hoffentlich plattformübergreifend ist, dies muss aber noch abgeklärt werden.

Ergebnis der Abstimmung:

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 3

Damit ist der Antrag angenommen.

Für die Kommissionsbildung melden sich: Konstantin, Marvin, Cemre, Theo, Ömer, Mehmet, Peter, Sofia.

15. Antrag: Freizeitgestaltung

Jamila und Ariana stellen ihren Antrag vor. Es soll eine Kommission zur Schaffung eines vielfältigen Freizeitangebotes für Schulkinder gegründet werden.

Konstantin fragt nach dem Zeitraum für die Erstellung des Fragebogens. Laut Jamila soll dieser nach den Herbstferien vorliegen, Anfang November soll die Auswertung starten.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament Osnabrück beschließt die Bildung einer Kommission aus drei bis vier Personen.

Diese setzt sich in Umfragen mit den Wünschen von Osnabrücker Jugendlichen bezüglich mehr Freizeitangeboten auseinander. Hierzu werden stichprobenartig Umfragen an den Osnabrücker Schulen aller Klassenstufen durchgeführt und diese ausgewertet. Anschließend wird ein Konzept erarbeitet, welches Verbesserungsvorschläge zu einer abwechslungsreicheren Freizeitgestaltung enthält. Dieses wird dem Jugendparlament, wenn möglich gemeinsam mit einem Beschlussvorschlag, vorgelegt.

Begründung:

Wir als Jugendparlament möchten Jugendlichen viele verschiedene Möglichkeiten bieten, ihre Freizeit zu verbringen. Hierfür muss ein passendes Angebot in Form von Treffpunkten in und um Osnabrück, Angebote des Nahverkehrs und ähnlichem geschaffen werden. Um dies entsprechend der Wünsche zu gestalten, ist die Bildung einer Kommission unabdingbar.

Ergebnis der Abstimmung:

19 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

16. Pressemitteilung Bebauungsprojekt Schinkel

Konstantin liest die Pressemitteilung vor, da diese nicht allen Mitgliedern rechtzeitig vorlag.

Das Jugendparlament spricht sich in der Sitzung am 14.09.2020 gegen eine Bebauung der Grünfläche am Schinkelbad aus. Es handelt sich bei dieser Grünfläche um ein Kaltluftstehungsgebiet; diese Flächen sind wichtig, um die Temperaturen in der (Innen)stadt Osnabrück zu senken. Durch die freien Flächen (wie die Grünfläche am Schinkelbad) strömt kältere Luft in die Stadt, somit tragen sie stark zum Ausgleich extremer Hitze bei. Durch die Bebauung dieser Fläche würde dieser Prozess empfindlich gestört werden.

Die Folge davon sind noch höherer Temperaturen in der Stadt im Sommer, die auf Grund des Klimawandels und der daraus folgenden Erderwärmung ohnehin ständig ansteigen (2020 dritter Dürresommer in Folge). Dies wird von den meisten Bürger*innen nicht nur als sehr unangenehm empfunden, sondern ist auch gesundheitlich gefährdend. Obendrein trocknen die knappen Grünflächen und Bäume der Stadt so noch stärker aus.

Es gibt viele alternative Möglichkeiten und Pläne, die Fläche anders zu gestalten, z.B. als Blüh- oder Obstwiese, durch Renaturierung des Röthebachs etc.

Wir sind ausdrücklich nicht gegen das Bauen von Neubaugebieten in Osnabrück, da dringend neuer Wohnraum gebraucht wird, allerdings sprechen wir uns gegen den Standort am Schinkelbad aus.

Marvin fragt nach, ob das Jugendparlament sich in ein stadtteilspezifisches Thema einmischen sollte. Wenn die dortige Bebauung abgelehnt wird, muss ein neuer Standort in einem anderen Stadtteil gesucht werden, was wiederum zu dortigen Konflikten führen könnte.

Erik antwortet, dass dies ganz Osnabrück betreffen, da die Bebauung Auswirkungen auf das Stadtklima haben würde.

Hannes merkt an, dass sich vorab nicht mit der Pressemitteilung auseinandergesetzt werden konnte, da diese nicht verschickt wurde. Daher sollte keine Abstimmung durchgeführt werden und das Jugendparlament auf eine Positionierung in der Thematik verzichten.

Ergebnis der Abstimmung:

5 Ja-Stimmen

4 Gegenstimmen

12 Enthaltungen

Der Vorstand wird über das weitere Vorgehen beraten.

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,
Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



17. Verschiedenes

Marvin stellt einen Antrag zur Entzerrung der Schülerbeförderung vor.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung soll damit beauftragt werden den Schulbeginn an den Schulen in Osnabrück Stadt zu entzerren. Damit die Busse nicht mehr so überfüllt sind und umso die Ansteckungsgefahr zu mindern und so für die Gesundheit der Schulkinder und anderen Nutzer*innen des ÖPNV zu sorgen.

Eine Finanzielle Förderung von Elterntaxis soll es nicht geben wie von Bob gefordert.

Begründung:

(erfolgt mündlich)

Ergebnis der Abstimmung:

7 Ja-Stimmen

8 Gegenstimmen

5 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Sitzung wird um 20:30 Uhr von Jamila beendet.

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



2019-2021



Anwesenheitsliste: 14.09.2020

Mitglied	Unterschrift
Ariana Abas	
Zehra Cemre Arslan	
Hannes Both	
Benjamin Fritz	entschuldigt
Marvin Gehricke	Marvin Gehricke
Julius Goebel	entschuldigt
Theo Jäkel	
Mehmet-Sadik Kaba	
Jonas Fynn Kandzi	
Artur Kiebula	
Justus Kühn	
Sofia Milo	
Liam Plogmann	
Melisa Ramovic	entschuldigt
Lars Reitzner	
Konstantin Saalfeld	
Ömer Faruk Sevim	
Richard Timmermeister	entschuldigt

Seite 1 von 3

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



2019-2021



Anwesenheitsliste: 14.09.2020

Mitglied	Unterschrift
Tuana Sahin	T. Sahin
Jamila-Lia Fey Usselman	J. Fey Usselman
Leon Vennemann	L. Vennemann
Noah Wallenstein	N. Wallenstein
Peter Winkes	Peter Winkes
Erik Winkler	Erik Winkler
Lars Winkler	L. Winkler

Geschäftsführung

Name / Organisation	Unterschrift
Florian Rahn Kinder- und Jugendbüro	F. Rahn
Karin Wank Kinder- und Jugendbüro	K. Wank

Protokoll der 6. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 14.09.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



2019-2021



Anwesenheitsliste: 14.09.2020

Gäste

Name / Organisation	Unterschrift
Christoph Beyer, NO?	Christoph Beyer
Finja Becker	Finja Becker